

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/046(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 15.03.2007	Ratssaal	14:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 45.(IV) Sitzung vom 15. 02. 2007
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Aktuelle Debatte - Rechtsextremismus in Magdeburg - Konsequenzen für die Stadt und ihre Bürger Antrag der SPD-Fraktion

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Instandsetzung und Modernisierung der Sporthalle des Humboldt-Gymnasiums am Standort
Nachtweide 68a, 39124 Magdeburg
Vorlage: DS0218/06
BE: Oberbürgermeister
- 6.2 Neufassung der Feuerwehrbenutzungs- und Gebührensatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0503/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3 Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007
Vorlage: DS0382/06
BE: Bürgermeister
WV vom 07. 12. 2007
i.V. m. allen anhängigen Änderungsanträgen
- 6.4 Abschluss Planungsvereinbarung zum Projekt
Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz
AG und der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0005/07
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.5 Jahresabschluss 2005 der Innovations- und Gründerzentrum
Magdeburg GmbH (IGZ GmbH)
Vorlage: DS0015/07
BE: Bürgermeister
- 6.6 Jahresabschluss 2005 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH
(NKE)
Vorlage: DS0025/07
BE: Bürgermeister
- 6.7 Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0086/07
BE: Bürgermeister
- 6.8 Fördermitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative für
Mitteldeutschland
Vorlage: DS0018/07
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

- 6.9 Namensgebung von Schulen
Vorlage: DS0550/06

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 6.10 APL in Höhe von 802.740 EUR für die HHST1.40500 678 100.9 -
Erstattung an übrige Bereiche Personalkosten und HHST 1.40500
678 200.7 - Erstattung an übrige Bereiche Sachkosten
Vorlage: DS0035/07

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 6.11 Bebauungsplan Nr. 366-1 "Hollehochstraße / Dreibrückenstraße" -
Weiterführung eines Teilbereiches B zur Satzung
Vorlage: DS0485/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.12 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 302-3 "Herbert-Landwehr-
Straße"
Vorlage: DS0512/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.13 Neufassung Städtebaulicher Rahmenplan Rotehorninsel, Stand
November 2006
Vorlage: DS0524/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.14 Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 354-8.1 "Halberstädter Chaussee 50"
Vorlage: DS0538/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 7 Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30
Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 8 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 8.1 ÖPNV als Schwerpunkt rechter Gewalt
Vorlage: A0168/06

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV vom 16. 10. 2006
- 8.1.1 ÖPNV - als Schwerpunkt rechter Gewalt
Vorlage: S0002/07

- 8.2 Wärmenutzung aus Abwasser
Vorlage: A0170/06

CDU-Fraktion
WV vom 16. 10. 2006
- 8.2.1 Wärmenutzung aus Abwasser
Vorlage: A0170/06/1

Ausschuss für Umwelt und Energie
- 8.2.2 Wärmenutzung aus Abwasser
Vorlage: S0235/06
- 8.3 Fußgängerfreundlicher Überweg beim Technikmuseum
Vorlage: A0171/06

SPD-Fraktion
WV vom 16. 10. 2006
- 8.3.1 Fußgängerfreundlicher Überweg beim Technikmuseum
Vorlage: S0004/07
- 8.4 Regelmäßige Fortschreibung der Jugendhilfeplanung
Vorlage: A0003/07

Fraktion Die Linkspartei.PDS
WV v. 22.01.07
- 8.4.1 Regelmäßige Fortschreibung der Jugendhilfeplanung
Vorlage: S0025/07
- 8.5 Errichtung eines Sozialkaufhauses im Stadtteil Neustädter Feld
Vorlage: A0037/07

CDU - Fraktion
- 8.6 Parkplatz Sternbrücke
Vorlage: A0036/07

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8.6.1 Parkplatz Sternbrücke
Vorlage: A0036/07/1

SPD -Fraktion
- 8.6.2 Parkplatz Sternbrücke
Vorlage: A0036/07/2

- 8.7 Bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung
Vorlage: A0038/07
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8.8 Telefonischer Service der Stadtverwaltung
Vorlage: A0045/07
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8.9 Auswirkungen von Eingemeindungen
Vorlage: A0039/07
FDP -Fraktion
- 8.10 Einrichtung eines Wirtschaftsbeirates
Vorlage: A0040/07
FDP -Fraktion
- 8.11 Parkmöglichkeiten Gesellschaftshaus
Vorlage: A0041/07
FDP -Fraktion
- 8.12 Lärmbelästigung Potsdamer Straße
Vorlage: A0047/07
SPD - Fraktion
- 8.13 Aufnahme des Sekundarschulstandortes Apollostraße (A.-W.-
Francke) in das PPP-Programm
Vorlage: A0046/07
CDU - Fraktion, Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 8.13.1 Aufnahme des Sekundarschulstandortes Apollostraße (A.-W.-
Francke) in das PPP-Programm
Vorlage: A0046/07/1
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Informationsvorlagen
- 9.1 Auswertung und Resümee Jahr der Wissenschaft 2006
Vorlage: I0014/07
- 9.2 Städtebauliche Zielplanung zur Entwicklung touristischer Projekte
Vorlage: I0012/07

- 9.3 Arbeitsstand zur Intensivierung der Europaarbeit auf kommunaler Ebene
Vorlage: I0062/07
- 9.4 "Auswahl des Partnerprojektes im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Deutschen Welthungerhilfe"
Vorlage: I0013/07
- 9.5 Dokumentation "Magdeburger Bündnis für Familie" 2006
Vorlage: I0015/07
- 9.6 Jahresbericht des Seniorenbeauftragten 2006
Vorlage: I0058/07
- 9.7 Änderungsantrag DS0349/06/33 Prüfung Fördermöglichkeiten nach der RL StäBauF für VHS Leibnizstraße 23 (Fenster)
Vorlage: I0033/07
- 9.8 Anordnung einer Haushaltssperre nach einer Entscheidung des LVwA zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg für das Jahr 2007
Vorlage: I0053/07
- 9.9 Einwohnerversammlung am 29.03.2007 in Ostelbien
Vorlage: I0067/07

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
-

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 46.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte
Oberbürgermeister	1
Zu Beginn anwesend	42
Maximal anwesend	51
Entschuldigt	6

Auf Antrag der FDP-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1386-46(IV)07

Stadtrat Holger Franke wird für Stadtrat Dr. Kurt Schmidt Mitglied im Ausschuss Bildung, Schule und Sport.

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt wird für Stadtrat Holger Franke Mitglied im Betriebsausschuss Eigenbetrieb KGM.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Hinweise:

Der Antrag der SPD-Fraktion

A0049/07
Ausschreibung der Freibäder

erhält keine 2/3 Mehrheit und wird nicht Bestandteil der heutigen Tagesordnung.

Der **TOP 6.4** (DS0005/07) wurde vom Oberbürgermeister **zurückgezogen**.

Zum **TOP 8.4** (A0003/07) Korrektur Einbringer: **Fraktion Die Linkspartei.PDS**

Der **TOP 6.13** (DS0524/06) wird im Zusammenhang mit **TOP 8.6** (A0036/07) behandelt.

Der **TOP 6.7** (DS0086/07) wird im Zusammenhang mit **TOP 9.8** (I0053/07) behandelt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 45.(IV) Sitzung vom 15.
02. 2007
-

Redaktionelle Änderung der Verwaltung

TOP 5.3

Auf Seite 18 ist vor dem Abstimmungsergebnis zur Drucksache zu ergänzen:

*Gemäß Änderungsantrag DS0376/06/6 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat bei 1 Enthaltung einstimmig:*

In § 11 Übertragung von Aufgaben des Stadtrates auf den Oberbürgermeister wird Absatz 4 ergänzt um Satz 2:

Der Finanz- und Grundstücksausschuss ist über die Entscheidungen des Oberbürgermeisters halbjährlich zu informieren.

Redaktionelle Änderung der Fraktion Die Linkspartei.PDS

TOP 5.3 Auf Seite 15 ist zwischen dem 3. und 2. Absatz von unten einzufügen:

Der Beigeordnete für Finanzen und Bürgermeister Herr Czogalla möchte das Controlling durch die im FB02 angesiedelte Beteiligungsverwaltung nicht auf bloße Kontrolle eingeschränkt sehen und sieht die Steuerung der Beteiligungen im Verwaltungsausschuss richtig angesiedelt. Mit dem immer geringer werdenden Personalbestand ist auch eine Präsenz in drei Ausschüssen nicht leistbar. Das schließt aber das Selbstbefassungsrecht des Rechnungsprüfungsausschusses nicht aus.

Redaktionelle Änderungen der CDU-Ratsfraktion

Seite 8, TOP 11.1 – Ergänzung im Kurztitel

... städtischer Infrastruktur i. R. des Städtebauförderungsprogramms

Seite 49, TOP 7.10 in Zeile 7 muss es heißen: ... Bürgschaftserklärung nach dem alten EU-Recht ausläuft.

Seite 56, TOP 7.15, 1. Absatz von oben

Nach dem Text der Beantwortung ist das Wort „Vorsitzender“ zu streichen.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 45.(IV) Sitzung des Stadtrates wird bei 1 Enthaltung einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst
in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Aktuelle Debatte - Rechtsextremismus in Magdeburg -
Konsequenzen für die Stadt und ihre Bürger Antrag der SPD-
Fraktion

Auf Antrag der SPD-Fraktion führt der Stadtrat eine Aktuelle Debatte durch.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Lischka gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 1 der Niederschrift)**

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 2 der Niederschrift)**

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Schwenke gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 3 der Niederschrift)**

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 4 der Niederschrift)**

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 5 der Niederschrift)**

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Herbst gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 6 der Niederschrift)**

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 7 der Niederschrift)**

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 6.1. Instandsetzung und Modernisierung der Sporthalle des Humboldt-Gymnasiums am Standort Nachtweide 68a, 39124 Magdeburg
Vorlage: DS0218/06
-

Die Ausschüsse StBV, BSS und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zieht mit Hinweis auf die fehlenden finanziellen Mittel zur Beauftragung von Planungsleistungen im Jahr 2007 den Punkt 2 des Beschlussvorschlages zurück.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des redaktionell geänderten Beschlussvorschlages bei 1 Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 1387-46(IV)07

1. Die Modernisierung und Instandsetzung der Sporthalle des Humboldt-Gymnasiums wird auf Grundlage der vorliegenden HU-Bau mit einem Gesamtwertumfang in Höhe von brutto 2.300.000,- EUR durchgeführt.
2. Die Bauausführung erfolgt ab 2008 entsprechend der Möglichkeit der Einstellung der finanziellen Mittel in den städtischen Haushalt und in das mittelfristige Investitionsprogramm 2007 - 2010.

- 6.2. Neufassung der Feuerwehrbenutzungs- und Gebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0503/06
-

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung

Der Stadtrat **beschließt** mit 47 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1388-46(IV)07

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Feuerwehrbenutzungs- und Gebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg.

6.3. Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007
Vorlage: DS0382/06

Zur Beratung wurde eine Auflistung der im Ausschuss FG behandelten Änderungsanträge mit den entsprechenden Ergebnissen an die Mitglieder des Stadtrates ausgereicht.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der Änderungsanträge DS0382/06/3 und DS0382/06/7.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsantrag DS0382/06/1 der Fraktion BfM
 Änderungsanträge DS0382/06/3 und DS0382/06/7 des Ausschusses KRB
 Änderungsantrag DS0382/06/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Änderungsantrag DS0382/06/6 der Fraktion future! – die jugendpartei
 Änderungsanträge DS0382/07/8 bis DS0382/06/11 der Fraktion Die Linkspartei.PDS
 Änderungsantrag DS0382/06/13 der FDP-Fraktion
 Änderungsantrag DS0382/06/14 des Oberbürgermeisters.
 Änderungsantrag DS0382/06/15 des Stadtrates Bromberg, SPD-Fraktion

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge unterbreitet den Vorschlag, zunächst eine allgemeine Diskussion zur Thematik zu führen und im Anschluss das Abstimmungsverfahren zu den vorliegenden Änderungsanträgen im Interesse einer rechtssicheren Beschlussfassung in der Reihenfolge der betreffenden Paragraphen durchzuführen.

Der Bürgermeister Herr Czogalla bringt die vorliegende Drucksache umfassend ein und verweist insbesondere darauf, seit es seit dem Jahr 1991 keine Veränderungen der Hundesteuersätze gegeben hat und benennt die Hintergründe, welche die vorgeschlagenen Veränderungen erforderlich machen. In seinen weiteren Ausführungen gibt er Erläuterungen zu den einzelnen Änderungen.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0382/06/15 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann erklärt im Rahmen seiner umfassenden Ausführungen, dass seine Fraktion der mit der Satzungsänderung verfolgten Zielstellung der Reduzierung der Anzahl der Hunde in Magdeburg und der Erhöhung der Steuereinnahmen der Stadt so nicht folgen kann. Im Weiteren widerspricht er der Auffassung hinsichtlich einer zu hohen Anzahl von Hunden in der Stadt Magdeburg und legt hierzu entsprechende Vergleichszahlen mit anderen Städten vor. Er sieht keine Notwendigkeit der Erhöhung ordnungspolitischer Maßnahmen und begründet weiterhin seine Auffassung, dass eine Steuererhöhung in erster Linie den Personenkreis mit geringen finanziellen Möglichkeiten belastet. Er spricht sich eindringlich gegen eine Erhöhung der Hundesteuer aus. Bezug nehmend auf die sich im Ergebnis der in den Ausschüssen geführten kontroversen Diskussion ergebenden unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Fraktionen zieht er den Änderungsantrag DS0382/06/1 seiner Fraktion zurück und kündigt an, zu den weiteren Änderungsanträgen im einzelnen Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern äußert sich positiv über die zu dieser Thematik im Ausschuss FG geführte Diskussion und unterstützt die Auffassung der Verwaltung hinsichtlich der Erhebung einer Steuer für auffällig gewordene Kampfhunde. Im Weiteren hinterfragt er Maßnahmen der Verwaltung hinsichtlich der Feststellung unangemeldeter Hunde und sieht hier eine nicht unerhebliche Einnahmemöglichkeit für die Stadt.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, geht kritisch auf die Ausführungen des Bürgermeisters ein und bringt ihre Erwartung zum Ausdruck, in einer sachlichen Diskussion Lösungen hinsichtlich bestehender Missstände wie z.B. bei der Einhaltung des Leinenzwangs zu finden. Die FDP-Fraktion stimmt einer moderaten Steuererhöhung zu, lehnt es jedoch ab, Hunde als Luxusobjekte zu besteuern. Ihre Fraktion spricht sich gegen den Entwurf der Hundesteuer aus und begründet, warum der Entwurf als unsozial betrachtet wird.

Der Bürgermeister Herr Czogalla informiert bezugnehmend auf die Nachfrage des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Anzahl unangemeldeter Hunde, dass im Ergebnis von entsprechenden Kontrollen im Jahr 2004 festgestellt werden musste, dass jeder 3. Hund nicht angemeldet war. Zum jetzigen Zeitpunkt stellt sich die Situation so dar, dass es nur noch jeder 6. Hund ist, so dass von einem tatsächlich Bestand von 14.000 Hunden auszugehen ist. Im Weiteren informiert er, dass die vorgeschlagene Besteuerung erst ab dem 01. 01. 2008 wirksam wird. Für die gesamte Hundesteuersatzung ist jedoch vorgesehen, dass bis auf die veränderten Steuersätze, die weiteren Regelungen bereits noch im Jahr 2007 in Kraft gesetzt werden sollen.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht im Rahmen seiner umfassenden Ausführungen darauf aufmerksam, dass sich bei einer Aufrechnung der geplanten Steuererhöhung auf die einzelnen Monate ein durchaus zu erbringender Betrag ergibt und unterstützt eine Beschlussfassung zur Hundesteuersatzung. Hinsichtlich der Besteuerung von auffälligen Kampfhunden hält er die Umsetzung dieser vorgeschlagenen Verfahrensweise für nicht geeignet, Gefahrensituationen auszuschließen und spricht sich dafür aus, durch geeignete Maßnahmen die Anzahl gefährlicher Hunde auf öffentlichen Straßen einzuschränken.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich gegen die im Änderungsantrag DS0382/06/3 des Ausschusses KRB vorgeschlagene Rasseliste aus und begründet seine Auffassung hierzu. Gleichfalls spricht er sich dafür aus, die bisher in der Hundesteuersatzung enthaltene Sozialklausel beizubehalten.

Zum Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge, die Diskussion und das Abstimmungsverfahren der vorliegenden Änderungsanträge aus den schon genannten Gründen in der Reihenfolge der benannten Paragraphen vorzunehmen, beantragt Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, die Abstimmung in der Reihenfolge der einzelnen Änderungsanträge.

Der Stadtrat stimmt mehrheitlich dem Verfahrensvorschlag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, zu.

Änderungsantrag DS0382/06/3 des Ausschusses KRB

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Lischka bringt den Änderungsantrag umfassend ein.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich gegen die im Änderungsantrag aufgeführte Rassenliste aus und begründet seine Auffassung u.a. damit, dass auch wissenschaftlich nicht beweisbar ist, welche Hunderassen als gefährliche Hunde eingestuft werden können.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bezeichnet den Vorschlag, die Gefährlichkeit eines Hundes erst nach einem Vorfall festzustellen, für nicht sinnvoll.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, beantragt die Einzelabstimmung zum Änderungsantrag DS0382/06/3 und die in diesem Zusammenhang vorzunehmende Abstimmung zum Änderungsantrag DS0382/06/15.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0382/06/15 des Stadtrates Bromberg, SPD-Fraktion,

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Änderungsantrag DS0382/06/3 wird in Nr. 4 Satz 2 wie folgt geändert:

Die Hundesteuer beträgt **im Jahr des Inkrafttretens für die unter Ziffer 6 erfassten Hunde 250,00 Euro, sodann 500 Euro**

wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages DS0382/06/3 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

1. Der § 8 ist um den Punkt 4. “von ausgebildeten und zugelassenen Rettungs- und Diensthunden einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, die bei ihrem Hundehalter oder -führer leben”.

Gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages DS0382/06/3 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

2. Der § 9 ist ersatzlos zu streichen.

Gemäß Punkt 3 des Änderungsantrages DS0382/06/3 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

3. Hunde aus dem Tierheim Magdeburg sind ungeachtet der Steuerbefreiung im § 8 Abs. 1 Nr. 3 immer als Ersthunde zu besteuern, sofern es sich nicht um Kampfhunde oder gefährliche Hunde handelt.

Gemäß Punkt 4 des Änderungsantrages DS0382/06/3 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

4. Der § 6 Abs. 1 ist bis zum Erlass eines Landesgesetzes und einer Landesverordnung um eine befristete Ziffer 6 – Rasseliste mit folgenden Hunden:

Pitbull-Terrier oder American Pitbull Terrier
American Staffordshire Terrier oder Staffordshire Terrier
Staffordshire Bullterrier
Bullterrier
American Bulldog
Dogo Argentino
Fila Brasileiro
Kangal
Kaukasischer Owtscharka
Mastiff
Mastino Napoletano

sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden zu erweitern. Die Hundesteuer beträgt 500,-- EUR.

Gemäß Punkt 5 des Änderungsantrages DS0382/06/3 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

5. Im § 6 Abs. 2 ist der Satz 1 zu streichen. Im § 6 Abs. 2 Satz 2 ist das Wort "können" durch das Wort "sind" zu ersetzen.

Änderungsantrag DS0382/06/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gemäß Änderungsantrag DS0382/06/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Neufassung § 9 Steuerbefreiungen in (alt) Punkt 2. (**Neufassung im Fettdruck**):

Die Steuer wird auf Antrag auf die Hälfte ermäßigt für das Halten eines Hundes,

wenn der Steuerpflichtige Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter) und SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) erhält.

Änderungsantrag DS0382/06/6 der Fraktion future! – die jugendpartei

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage erklärt, dass sich eine Abstimmung zum Punkt 1 des Änderungsantrages auf Grund der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0382/06/4 erübrigt.

Er begründet umfassend das Anliegen des Punktes 2 des vorliegenden Änderungsantrages.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag aus.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, macht nochmals klarstellende Ausführungen zum Punkt 2 des Änderungsantrages.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Punkt 2 des Änderungsantrages DS0382/06/6 der Fraktion future! – die jugendpartei:

2. Von den im ersten Jahr durch die Hundesteuer-Erhöhung erwarteten Mehreinnahmen wird $\frac{1}{4}$ für Investitionen für das Städtische Tierheim verwendet. Weiter $\frac{1}{4}$ werden für die Einzäunung von Hundeauslaufwiesen eingestellt, um ein freies Herumlaufen der Tiere gewährleisten zu können

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0382/06/7 des Ausschusses KRB

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0382/06/7 des Ausschusses KRB

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Steuersatz für den ersten Hund ist auf 84,00 EUR herabzusetzen

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0382/06/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0382/06/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Absatz 2 wird in Satz 1 und Satz 2 geändert:
Gegenstand der Steuer ist das Halten von mehr als **sechs** Monate alten Hunden...

Wird das Alter des Hundes nicht nachgewiesen, ... , dass er älter als **sechs** Monate ist
2. Der § 2 Absatz 3 wird geändert:
Als Halter eines Hundes gilt auch, wer ... länger als **sechs** Monate im Jahr ...
3. Der § 3 Absatz 1 wird in den Ziffern 2 und 4 geändert:
in dem der Hund von einer Hündin nach **sechs Monaten** geworfen wird;

in dem der Zeitraum von sechs Monaten in den

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0382/06/9 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0382/06/9 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge beschließen:

Satz 1 des § 5a Lastschrifteinzugsverfahren wird ergänzt:
Die Hundesteuer soll **in der Regel** aus Gründen...

und ein neuer Satz 2 wird eingefügt:

Eine Befreiung vom Lastschrifteinzugsverfahren ist nur auf Antrag zulässig.

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0382/06/10 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0382/06/10 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge folgende Änderungen in § 6 beschließen:

a) In Absatz 1: (Änderung der Höhe)

Die Steuer Sie beträgt jährlich:

- | | |
|---|------------|
| 1. für den ersten Hund | 72,00 EUR |
| 2. für den zweiten Hund | 96,00 EUR |
| 3. für jeden weiteren Hund | 120,00 EUR |
| 4. für einen gefährlichen Hund | 240,00 EUR |
| 5. je Hund, wenn die Hundehaltung entsprechend §§ 2 und 11 Tierschutzgesetz nicht ordnungsgemäß erfolgt | 250,00 EUR |

b) In Absatz 2 ergänzen:

Die Feststellung der Sicherheitsbehörde **im Benehmen mit dem Veterinäramt**

c) Der letzte Halbsatz des Satzes 2 ab "...oder die per Gesetz oder Verordnung als gefährlich eingestuft wurden." Wird gestrichen.

d) In Absatz 3 wird Satz 2 ergänzt:

Nicht ordnungsgemäß ist die Hundehaltung ..., wenn der Hundehalter **gegen die Bestimmungen zur artgerechten Haltung entsprechend des § 2 Tierschutzgesetz**, gegen ...

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0382/06/11 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal verweist darauf, dass das Anliegen dieses Änderungsantrages noch nicht Gegenstand der bisher geführten Diskussionen war. Er gibt die Empfehlung, den Änderungsantrag zurückzuziehen und zu gegebener Zeit als eigenständigen Antrag, möglicherweise zu einer neuen Hundesteuersatzung, wieder einzubringen. Eine Diskussion zur Thematik des Änderungsantrages bezeichnet er als erforderlich, aber nicht zum heutigen Zeitpunkt.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich für eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag aus.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0382/06/11 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Satzung wird um den **§ 6a Zwingersteuer** ergänzt:

§ 6a Zwingersteuer

(1) Von Personen, die mindestens zwei rassereine Hunde derselben Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer für die Hunde dieser Rasse auf Antrag in der Form einer Zwingersteuer erhoben, wenn der Zwinger und die Zuchttiere in ein von einer anerkannten Hundezuchtvereinigung geführtes Zucht- oder Stammbuch eingetragen sind. Die Eintragung darf nicht länger als 2 Jahre zurückliegen.

(2) Die Zwingersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird die Hälfte der Steuer nach § 6 Abs. 1, jedoch insgesamt für alle zu Zuchtzwecken gehaltenen Hunde nicht mehr als die Steuer für zwei Hunde. Das Halten selbstgezogener Hunde ist steuerfrei, solange sie sich im Zwinger befinden und nicht älter als 6 Monate sind.

(3) Die Erhebung der Zwingersteuer entfällt, wenn in den letzten zwei zurückliegenden Kalenderjahren keine Hunde gezüchtet worden sind. Die Besteuerung erfolgt in diesem Fall nach § 6 Abs. 1.

(4) Die mit der Erhebung der Zwingersteuer verbundene Vergünstigung wird nur unter den Voraussetzungen gewährt, dass

- a) für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzgesetzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind;
- b) ordnungsgemäße Bücher geführt werden, aus denen der Bestand, die Zugänge und Abgänge der veräußerten Hunde zu ersehen sind sowie die Angabe des Tages, bei Veräußerungen außerdem die Angabe des Namens und die Anschrift des Erwerbers. Die Bücher sind jederzeit den Beauftragten der Stadt zur Einsicht vorzulegen;
- c) Ab- und Zugänge von Hunden innerhalb einer Woche unter Angabe des Tages, der Rasse und bei Veräußerung außerdem unter Angabe des Namens mit Anschrift des Erwerbers bei der Stadt angezeigt werden;
- d) der Nachweis der Verwendung zu Zuchtzwecken für jeden Hund, für den die Zwingersteuer gewährt wurde, im Abstand von 2 Jahren durch Vorlage der im Zucht- und Stammbuch eingetragenen Zuchtleistungen oder durch andere geeignete Unterlagen erbracht wird.

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0382/06/13 der FDP-Fraktion

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bringt umfassend den Änderungsantrag ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg informiert über die im Rahmen der Behandlung der Thematik im Ausschuss FG getroffenen Feststellung, dass zu den einzelnen Punkten des Änderungsantrages bereits entsprechende Beschlüsse gefasst wurden und mit einer Beschlussfassung zu diesem Änderungsantrag diese wieder infrage gestellt würden.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke gibt zu bedenken, dass mit einer Ablehnung des Änderungsantrages speziell zur Höhe des Steuersatzes somit dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt wird.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge werden die verschiedenen Punkte des Änderungsantrages einzeln zur Abstimmung gestellt.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Die gemäß Änderungsantrag DS0382/06/13 der FDP-Fraktion beantragte Änderung zum

§ 6 Steuersätze:

(1) Die Steuer wird nach der Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:

für den ersten Hund und jeden weiteren Hund	84,00 EUR
---	-----------

die nachfolgenden Punkte 2 bis 5 sowie die Absätze 2, 3, 4 und 5 werden gestrichen, Absatz 6 wird Absatz 2.

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Ja-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Die gemäß Änderungsantrag DS0382/06/13 der FDP-Fraktion beantragte Änderung zum

§ 7 Allgemeine Voraussetzungen für Steuervergünstigungen

Die Einfügung „bzw. wenn der Hund nicht nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 oder 5 besteuert wird“ wird gestrichen.

wird **abgelehnt**.

Die gemäß Änderungsantrag DS0382/06/13 der FDP-Fraktion beantragte Änderung zum **§ 8 Steuerbefreiungen** wird durch den Einbringer **zurückgezogen**.

Eine Beschlussfassung zum Punkt 1 der gemäß Änderungsantrag DS0382/06/13 der FDP-Fraktion beantragte Änderung zum **§ 9 Steuerermäßigungen** hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0382/06/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erübrigt.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Die gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages DS0382/06/13 der FDP-Fraktion beantragte Änderung zum

§ 9 Steuerermäßigungen

Die Steuer wird dauerhaft auf die Hälfte ermäßigt für das Halten von Hunden, die von ihrem Halter aus dem Magdeburger Tierheim erworben werden.

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0382/06/14 des Oberbürgermeisters

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, verweist darauf, dass der Änderungsantrag DS0382/06/3 des Ausschusses KRB hinsichtlich der Erhebung einer Kampfhundesteuer beschlossen hat und beantragt, im Satz 2 des Änderungsantrages wie folgt zu ergänzen:

... Der § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und **Nr. 6** tritt am 01. 01. 2008 in Kraft....

Der Stadtrat stimmt der redaktionellen Änderung des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion, bei einigen Enthaltung einstimmig zu.

Gemäß Änderungsantrag DS0382/06/14 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der redaktionellen Änderung bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Neufassung § 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten:

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hundesteuersatzung vom 13.09.2001 und 04.12.2003, bekannt gemacht im Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg vom 23.10.2001 und 23.12.2003, außer Kraft. Der § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Nr. 6 tritt am 01.01.2008 in Kraft. Bis dahin gelten die Steuersätze des § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 aus der Hundesteuersatzung vom 13.09.2001.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge mit 29 Ja-Stimmen,
12 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1389-46(IV)07

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 in der als Anlage zur Drucksache beigefügten Fassung.

6.4. Abschluss Planungsvereinbarung zum Projekt
Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz
AG und der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0005/07

Der TOP 6.4 wurde von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

6.5. Jahresabschluss 2005 der Innovations- und Gründerzentrum
Magdeburg GmbH (IGZ GmbH)
Vorlage: DS0015/07

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 1390-46(IV)07

Der Stadtrat nimmt den von der PricewaterhouseCoopers (PwC) AG, Zweigniederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2005 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der IGZ GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 28.340.911,77 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 24.501,25 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2005 in Höhe von 24.501,25 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 444.843,50 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Häfke, für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen.

6.6. Jahresabschluss 2005 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH
(NKE)
Vorlage: DS0025/07

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1391-46(IV)07

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Niederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2005 der NKE zur Kenntnis.

2. Die Gesellschaftsvertreter der NKE werden angewiesen:

- den Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme von 69.429.705,17 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.023.646,34 EUR festzustellen,
- den Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.023.646,34 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2005 geleisteten Zuwendungen in Höhe von 2.530.000,00 EUR zu verrechnen,
- den nicht verrechenbaren Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.493.646,34 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 62.668.567,07 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
- den Geschäftsführer, Herrn Manfred Stietzel, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen.

6.7. Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0086/07

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke hat die Sitzungsleitung.

Der TOP wird im Zusammenhang mit TOP 9.8 (I0053/07) beraten.

Die Ausschüsse FG und BSS empfehlen die Beschlussfassung zum Beschlusspunkt 1 der Drucksache. Eine Beschlussfassung zum Beschlusspunkt 2 wird von beiden Ausschüssen nicht empfohlen.

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsantrag DS0086/07/2 der SPD-Fraktion

Änderungsantrag DS0086/07/3 der CDU-Fraktion.

Der Bürgermeister Herr Czogalla bringt umfassend die Drucksache DS0086/07 ein und legt dar, dass trotz im Stadtrat beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept der Haushaltsausgleich nicht im gesetzlich vorgeschriebenen Zeitrahmen erfolgen kann und somit nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht. In seinen erläuternden Ausführungen geht er u.a. auf das Genehmigungsverfahren durch das Landesverwaltungsamt (LVwA) ein und legt die mit der Genehmigungsverfügung verbundenen Auflagen des LVwA dar.

Insbesondere verweist er darauf, dass die verfügte Anordnung einer Haushaltssperre sowohl den Vermögens- als auch den Verwaltungshaushalt betrifft. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen sind in der Information I0053/07 dargestellt. Ebenso wurden in Anlage 2 dieser Information die Maßnahmen unterschiedlich farbig dargestellt, bei denen die Unabweisbarkeit seitens des LVwA anerkannt bzw. nicht anerkannt wurde.

Er bezeichnet die angeordnete Haushaltssperre als mildere Form der Haushaltsdurchführung, da hiermit immer noch die mit 70 % geförderten Maßnahmen im VMH und im VWH umgesetzt werden können. Bei einer vorläufigen Haushaltsführung wäre auch dies nicht möglich. Mit dem Hinweis, dass mit der heutigen Beschlussfassung zur Beitrittserklärung und auch mit den noch folgenden Beratungen zur Haushaltsdiskussion der Stadtrat seinen Willen verdeutlicht, seinen Beitrag zur Sanierung des Haushaltes zu leisten, bittet er um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg legt dar, dass der Ausschuss der Beitrittserklärung zwar zugestimmt hat, jedoch auf Grund der Kürze der Zeit eine vollständige Prüfung der sich ergebenden Konsequenzen nicht möglich war. Im Weiteren macht er erläuternde Ausführungen zum Abstimmungsergebnis im Ausschuss. Insbesondere verweist er dabei auf die Auffassung der Ausschussmitglieder, sich auch in der nächsten Sitzung hinsichtlich der Prioritätenliste zu inhaltlichen Fragen zu verständigen und sich mit den in der Information dargelegten Konsequenzen auseinander zu setzen. Dieser Intension entspricht auch der Änderungsantrag DS0086/07/2 seiner Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal nimmt kritisch zur Genehmigungsverfügung des LVwA Stellung und legt seine Auffassung dar, dass dieser Verfügung bereits auf Grund der verstrichenen Widerspruchsfrist beigetreten wurde. Er spricht sich entsprechend Änderungsantrag DS0086/07/2 für eine Kenntnisnahme der kommunalaufsichtlichen Entscheidung aus. Im Weiteren bringt er seine Verärgerung zum Ausdruck, dass die beigefügte Prioritätenliste offensichtlich mit dem LVwA abgestimmt wurde und seitens des LVwA im Ergebnis festgelegt wurde, welche Maßnahmen in der Stadt als unabweisbar anerkannt werden. Er sieht hierbei keinen Handlungsspielraum mehr sowie die Wahrnehmung des Rechtes der Stadt Magdeburg zur Ausübung der kommunalen Selbstverwaltung als eingeschränkt und bittet den Oberbürgermeister, dies rechtlich einmal prüfen zu lassen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen des Stadtrates Westphal bestätigt der Bürgermeister Herr Czogalla, dass die Handlungsfähigkeit der Stadt massiv eingeschränkt ist verweist aber gleichzeitig darauf, dass die Stadt an die Regelungen der Gemeindeordnung LSA gebunden ist. Seitens des LVwA wurde lediglich geprüft, ob die zur Genehmigung eingereichte Haushaltssatzung im Rahmen der gesetzlichen Regelungen erstellt wurde. Hier konnte die Stadt die Einhaltung der gesetzlichen Fristen bzgl. eines Haushaltsausgleiches jedoch nicht nachweisen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr stimmt den Ausführungen des Stadtrates Westphal hinsichtlich der Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung zu legt dazu jedoch seine Auffassung dar, dass hierbei das LVwA die Anordnungen des Innenministeriums durchzusetzen hat und somit die Landesregierung der Stadt Magdeburg Pflichten auferlegt, die sie als ungerecht betrachtet.

Im Weiteren macht er umfassende Erläuterungen zum Anliegen des Änderungsantrages DS0086/07/2 seiner Fraktion und geht hierbei insbesondere auf die Thematik der Eingemeindung ein. Gleichzeitig erklärt er, dem mit Änderungsantrag DS0086/07/3 der CDU-Fraktion eingebrachten Formulierungsvorschlag zu dieser Thematik folgen zu können unter der Voraussetzung die Formulierung dahingehend zu ergänzen:

... Um dies zu gewährleisten muss das Land anerkennen, dass **auch** neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit ...

Er bittet abschließend um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0086/07/2 seiner Fraktion.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke verweist in seinen Ausführungen darauf, dass Klarheit darüber bestehen muss, dass seitens des Landes keine weiteren finanziellen Zuwendungen zu erwarten sind und dass eine strukturelle Veränderung durch Eingemeindungen keine mehrheitliche Zustimmung im Landtag bekommen wird. In der bestehenden finanzpolitischen Situation sieht er jedoch die Chance, neue Wege, wie z.B. den Verkauf kommunalen Eigentums, zur Lösung der Problematik zu gehen. Hinsichtlich der vorliegenden Änderungsanträge legt er seine Auffassung dar, dass der Stadtrat der kommunalaufsichtlichen Entscheidung beitreten muss und spricht sich gegen eine Beschlussfassung zu den Änderungsanträgen aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning stimmt der Auffassung des Oberbürgermeisters zu, dass das derzeit bestehende Defizit nicht seitens der Stadt zu verantworten ist, sondern mit den Entscheidungen des Landes zur Kommunalfinanzierung in diesem Jahr im Zusammenhang steht. Ebenso teilt er die Auffassung, dass mit der Durchsetzung der vorgegebenen kommunalaufsichtlichen Verfügung die kommunale Selbstverwaltung aufgegeben wird. Er legt dar, dass mit einer Zustimmung zur Beitrittserklärung durch den Stadtrat die Kommunalfinanzierung des Landes sanktioniert wird, ohne dass der Stadtrat handelt. Im Weiteren sieht er den Verkauf von kommunalem Eigentum nicht als Problemlösung an und verweist auf die Aufgabe des Stadtrates, eine leistungsfähige Kommune zu entwickeln.

Er spricht sich gegen eine Beschlussfassung zur Beitrittserklärung aus und bringt umfassend den Änderungsantrag DS0086/07/4 ein.

Abschließend legt er die Erwartungen seiner Fraktion dar, seitens des Stadtrates einen größeren Widerstand gegen die Änderungen der Kommunalfinanzierung zu demonstrieren. Die Entscheidungen für das Finanzausgleichsgesetz müssen zurückgenommen werden, hierzu muss neu diskutiert und neu entschieden werden, um die Haushaltsproblematik der Kommunen zukünftig lösen zu können.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, nimmt Bezug auf die mit der Information I0053/07 vorliegenden Einsparpositionen und begründet anhand einzelner Beispiele ihre Auffassung, dass die Streichung der finanziellen Zuwendungen für kulturelle Aktivitäten negative Auswirkungen auf das kulturelle Leben der Stadt hat.

Stadtrat Bischoff, SPD-Fraktion, nimmt in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter Stellung hinsichtlich der in der bisherigen Diskussion kritischen Äußerungen zur Finanzpolitik der Landesregierung und signalisiert seine Zustimmung zu den vorliegenden Änderungsanträgen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion. Er legt seine Auffassung dar, dass seitens der Landesregierung Strukturen geschaffen werden müssen, damit die kreisfreien Städte ihrer Bedeutung als Oberzentren der Region gerecht werden können. Er gibt dabei zu bedenken, dass sich die Herbeiführung einer Positionierung im Land für die Belange der kreisfreien Städte als schwierig erweist. Im Weiteren plädiert er dafür, zwar den Druck auf Landtag und Landesregierung zu erhöhen, jedoch auch für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Stadt Magdeburg und der Landesregierung. Abschließend begründet er seine ablehnende Haltung hinsichtlich des Verkaufs von kommunalem Eigentum.

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters sind der Niederschrift als **Anlage 8** beigelegt.

In der weiteren umfassenden Diskussion nehmen der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr sowie der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann befürwortend zum Thema Strukturveränderungen durch Eingemeindungen Stellung.

Stadtrat Grünert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, nimmt zu einigen Aspekten der Diskussion Stellung. Speziell zur Äußerung des Oberbürgermeisters, dass mit einer Ablehnung des Beitrittsbeschlusses gegen die Magdeburger Bürger Politik gemacht wird, weist er diese Auffassung zurück. Er spricht sich dafür aus, trotz Beanstandungsverfügung eine Verfassungsklage gegen das Land einzureichen und somit prüfen zu lassen, ob sich die vom Land angeordneten Maßnahmen sinnvoll für eine Haushaltskonsolidierung darstellen. Er begründet seine Auffassung hinsichtlich einer Klageeinreichung mit Verweis auf ein Urteil des Landesverfassungsgerichtes in Bayern, welches das Maß der Eingriffsmöglichkeiten in die kommunale Selbstverwaltung ausurteilt und die in Magdeburg auf Grund der Verfügung bestehenden Situation, fast keine Aufgaben im freiwilligen Bereich mehr wahrnehmen zu können.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, vertritt im Rahmen seiner Ausführungen die Auffassung, dass hinsichtlich der Thematik Eingemeindung perspektivisch keine Effekte zu erreichen sind, diese Thematik jedoch langfristig zu diskutieren sein wird. Im Weiteren macht er kritische Anmerkungen hinsichtlich der nach seiner Auffassung mangelnden Wirtschaftsförderung und mangelnden Rahmenbedingungen für Wirtschaftsansiedlungen der Stadt und sieht hier Potenzial, durch deren Verbesserung Einnahmen für die Stadt zu erreichen sind. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion sieht er es als wichtig an auch darüber zu diskutieren, welche Leistungen eine Kommune grundsätzlich zu erbringen hat und in welchen Bereichen sie unternehmerisch tätig sein kann.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal hinterfragt unter Bezugnahme auf die Bereiche Feuerwache Sudenburg, Moritzhof und Volksbad Buckau die Rechtsverpflichtung der Stadt entsprechend der Regelungen der Gemeindeordnung LSA hinsichtlich vertraglich festgelegter finanzieller Zuwendungen.

In Beantwortung der Nachfrage verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die bestehende Verfahrensweise, dass die Entscheidung, welche Maßnahmen den rechtskonformen Kriterien entsprechen, den Beigeordneten obliegt und diese auch für ihre Entscheidung haften. Speziell zu den angesprochenen Bereichen wurden durch den verantwortlichen Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport die entsprechenden Verträge geprüft mit dem Ergebnis, dass diese die finanziellen Zuwendungen erhalten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern verweist in seinen umfassenden Ausführungen auf die in den vergangenen Jahren unterbreiteten Vorschläge seiner Fraktion zur Haushaltskonsolidierung und merkt unter Benennung einzelner Beispiele kritisch an, dass diese in den meisten Fällen keine Anerkennung fanden. Er begrüßt die seitens des Oberbürgermeisters eingeschlagene Einsparpolitik und spricht sich dafür aus, diese zunächst auch beizubehalten. Hinsichtlich der Thematik Eingemeindung ist auch er der Auffassung, dass es hier in absehbarer Zeit seitens der Landesregierung zu keiner Einigung kommen wird. Er vertritt jedoch die Ansicht, dass zumindest für eine Übergangszeit neue Finanzverflechtungen zwischen Stadt und Umland gefunden werden sollten, d.h. bei bestimmten Maßnahmen in Magdeburg sollten sich Umlandgemeinden finanziell beteiligen. Hierzu fordert er ein klares Bekenntnis des Landes. Er nimmt Bezug auf den Änderungsantrag DS0086/07/3 seiner Fraktion und führt aus, dass es Anliegen des Änderungsantrages sei, in dieser Frage eine Gemeinsamkeit zu erreichen. Bezugnehmend auf den Änderungsantrag DS0086/07/4 der Fraktion Die Linkspartei.PDS kann er die Formulierung hinsichtlich Hauptstadtvertrag mittragen bittet jedoch darum, bzgl. der Formulierung zur Finanzierung entsprechend Änderungsantrag DS0086/07/3 seiner Fraktion zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zu den in der Diskussion vorgebrachten Argumenten Stellung und macht hierzu klarstellende Ausführungen. Insbesondere informiert er über das Ergebnis einer Analyse hinsichtlich der seit 2001 erbrachten Investitionen und demgegenüber die Höhe der Kreditaufnahmen in diesem Zeitraum, über eine Gegenüberstellung der Summen aus Sparvorschlägen des Stadtrates seit 2004 und den Vorschlägen der Verwaltung sowie zu Personalkosteneinsparungen.

Bezugnehmend auf die Information I0053/07 legt er dar, dass diese lediglich die Konsequenzen aus der Beanstandungsverfügung des LvwA zur Haushaltssatzung zusammenfasst und die aufgeführten Maßnahmen nicht als Einsparvorschläge zu betrachten sind. Mit Beschlussfassung zu den noch zu diskutierenden Einsparvorschlägen bis spätestens 30. Juni 2007 kann die Haushaltssperre mit Genehmigung des LVwA aufgehoben werden und es liegt ein gesetzeskonformer Haushalt vor.

Im Weiteren geht er auf den kritischen Redebeitrag des Stadtrates Klein hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Wirtschaftsansiedlungen und nimmt hierzu umfassend kritisch Stellung. Insbesondere fordert er dazu auf, jegliche kontraproduktive Polemik, die in der Sache nicht weiterführt, zu unterlassen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie seitens der Verwaltung die Wirtschaftsförderung besser gestaltet werden kann.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, geht in seinen Ausführungen auf die Stadt-Umland-Thematik ein und unterstützt ebenfalls die Auffassung, dass in diesem Bereich Veränderungen erforderlich sind.

Im Ergebnis der umfassenden kontroversen Diskussion stellt der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung:

Gemäß ergänztem Änderungsantrag DS0086/07/3 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

I.

1. Der Stadtrat nimmt die kommunalaufsichtliche Entscheidung des **LVwA** in den Punkten 2 und 3 zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat stimmt der kommunalaufsichtlichen Entscheidung des **LVwA** vom 2.2.2007 zur HHS der LH MD für das Jahr 2007 in den Punkten 4 und 5 (Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigung) zu.
3. Der Stadtrat nimmt die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes gemäß Anlage 2 zur Kenntnis.

II.

Der Stadtrat unterstützt den Oberbürgermeister bei seinen Initiativen und Bemühungen gegenüber dem Land, um die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Magdeburg zu verbessern. Die von der Stadt bisher erbrachten Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von ca. 63 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr müssen durch das Land anerkannt werden und dürfen nicht durch weitere kommunalaufsichtliche Maßnahmen und Anordnungen, wirkungslos werden.

An das Land wird appelliert, die mit der Wahrnehmung der Hauptstadtfunktion erbrachten Aufgaben der Landeshauptstadt Magdeburg anzuerkennen und den in Umsetzung des Beschlusses Nr.:1381/45(IV)07 vom Oberbürgermeister zu erarbeitenden Hauptstadtvertrag wohlwollend zuzustimmen. Die Sicherung der Landeshauptstadt Magdeburg als urbanes Zentrum mit einer ansprechenden geistig-kulturellen, sportlichen, musealen und qualitativ hochwertigen Lebensqualität liegt im Interesse des gesamten Landes.

Um dies zu gewährleisten, muss das Land anerkennen, dass auch neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit zum fairen Lastenausgleich für die großen Städte des Landes notwendig sind um damit deren Zukunftsfähigkeit als urbane Zentren zu sichern.

Mit dieser Beschlussfassung hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0086/07/2 der SPD-Fraktion erübrigt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern beantragt zum Änderungsantrag DS0086/07/4 der Fraktion Die Linkspartei.PDS die getrennte Abstimmung der einzelnen Absätze des Antrages.

Gemäß Absatz 1 des Änderungsantrages DS0086/07/4 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Unter II. – Absatz 2 ist der Satz 1 wie folgt zu ändern:

An den **Landtag und die Landesregierung** wird appelliert, die mit der Wahrnehmung der Hauptstadtfunktion erbrachten Aufgaben der Landeshauptstadt Magdeburg anzuerkennen **und sich dem vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 1381-45(IV)07 gewünschten Hauptstadtvertrag nicht zu verschließen.**

Gemäß Absatz 2 des Änderungsantrages DS0086/07/4 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Unter II – Absatz 2 ist ein neuer 4. Satz zu ergänzen:

Deren Finanzierung muss gemeinsam von Land, Stadt und Umland getragen werden, gemeinsame Lösungen sind zu finden.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1392-46(IV)07

I.

1. Der Stadtrat nimmt die kommunalaufsichtliche Entscheidung des LVwA in den Punkten 2 und 3 zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat stimmt der kommunalaufsichtlichen Entscheidung des LVwA vom 2.2.2007 zur HHS der LH MD für das Jahr 2007 in den Punkten 4 und 5 (Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigung) zu.
3. Der Stadtrat nimmt die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes gemäß Anlage 2 zur Kenntnis.

II.

Der Stadtrat unterstützt den Oberbürgermeister bei seinen Initiativen und Bemühungen gegenüber dem Land, um die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Magdeburg zu verbessern. Die von der Stadt bisher erbrachten Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von ca. 63 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr müssen durch das Land anerkannt werden und dürfen nicht durch weitere kommunalaufsichtlichen Maßnahmen und Anordnungen wirkungslos werden.

An den Landtag und die Landesregierung wird appelliert, die mit der Wahrnehmung der Hauptstadtfunktion erbrachten Aufgaben der Landeshauptstadt Magdeburg anzuerkennen und sich dem vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 1381-45(IV)07 gewünschten Hauptstadtvertrag nicht zu verschließen. Die Sicherung der Landeshauptstadt Magdeburg als urbanes Zentrum mit einer ansprechenden geistig-kulturellen, sportlichen, musealen und qualitativ hochwertigen Lebensqualität liegt im Interesse des gesamten Landes.

Um dies zu gewährleisten, muss das Land anerkennen, dass auch neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit zum fairen Lastenausgleich für die großen Städte des Landes notwendig sind um damit deren Zukunftsfähigkeit als urbane Zentren zu sichern.

Deren Finanzierung muss gemeinsam von Land, Stadt und Umland getragen werden, gemeinsame Lösungen sind zu finden.

6.8. Fördermitgliedschaft in der Wirtschaftsinitiative für
Mitteldeutschland
Vorlage: DS0018/07

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge hat die Sitzungsleitung.

Die Ausschüsse RWB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag DS0018/07/1 der CDU-Fraktion vor.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern begründet umfassend den Änderungsantrag DS0018/07/1 seiner Fraktion.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta macht umfassende erläuternde Ausführungen zur Drucksache und bittet um Zustimmung.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, signalisiert im Rahmen seiner Ausführungen die Zustimmung seiner Fraktion zum Änderungsantrag DS0018/07/1 der CDU-Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning verweist auf die derzeitige Haushaltssituation in der Stadt Magdeburg und hält eine Beschlussfassung zur Drucksache aus diesem Grund für nicht vertretbar. Er gibt die Empfehlung, die vorliegende Drucksache erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern gibt die Anregung, seitens der Verwaltung Aussagen hinsichtlich der finanziellen Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen an der Fördermitgliedschaft zu treffen. Er bezeichnet eine Vereinsmitarbeit zwar für wichtig, sieht aber noch weiteren Diskussionsbedarf.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist in seinen Ausführungen darauf, dass auf Grund der Haushaltssituation die erforderlichen Mittel derzeit nicht freigegeben werden. Er unterstützt die in der Diskussion geäußerte Auffassung hinsichtlich des bestehenden weiteren Diskussionsbedarfes.

Für den Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bestehen Zweifel, dass die Stadt Magdeburg als Bestandteil der benannten Wirtschaftsregion betrachtet werden kann. Er sieht dahingehend Gesprächsbedarf, im Stadtrat Möglichkeiten zu erörtern, wie Magdeburg Teil dieser Region werden kann.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage gibt die Anregung, Erfahrungen z.B. der Städte Halle und Dessau zu dieser Thematik aufzuzeigen.

Im Ergebnis der umfassenden Diskussion wird die Drucksache DS0018/07 durch den Oberbürgermeister **zurückgezogen**.

6.9. Namensgebung von Schulen
Vorlage: DS0550/06

Die Ausschüsse BSS und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1393-46(IV)07

Der Stadtrat beschließt die Namensgebung der Schule

Grundschule „Kritzmannstraße“

- 6.10. APL in Höhe von 802.740 EUR für die HHST1.40500 678 100.9
- Erstattung an übrige Bereiche Personalkosten und HHST
1.40500 678 200.7 - Erstattung an übrige Bereiche Sachkosten
Vorlage: DS0035/07
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Nein-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1394-46(IV)07

Der Stadtrat beschließt eine unabweisbare außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 97 (1) GO-LSA im Bereich Verwaltung der Grundsicherung (ARGE) in Höhe von 802.740 EUR.
Die Deckung erfolgt aus Planmitteln der HHST 1.40500 540 000.7 in Höhe von 283.414 EUR und aus dem Deckungskreis Soziales HHST1.48200 691 100.1.

- 6.11. Bebauungsplan Nr. 366-1 "Hollehochstraße / Dreibrückenstraße"
- Weiterführung eines Teilbereiches B zur Satzung
Vorlage: DS0485/06
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet umfassend seine ablehnende Haltung zur vorliegenden Drucksache.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, argumentiert für eine Beschlussfassung zur Drucksache.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1395-46(IV)07

Der Bebauungsplan Nr. 366-1 Hollehochstraße / Dreibrückenstraße" ist in einem Teilbereich B bis zur Satzung weiterzuführen.

Das Teilgebiet wird umgrenzt:

im Norden: durch die Nordgrenzen der Flurstücke 10271, 2044/1, 2044/2, 2045, 2046, 2047/2, nach Osten verlängert,

im Osten: durch die Westgrenzen der Flurstücke 2054/4 (teilweise), 2054/1 und 2054/2, die Südgrenze des Flurstücks 2054/2 verlängert nach Osten und die Ostgrenze der Dreibrückenstraße (Flurstück 2053/9),

im Süden: durch die Südgrenze der Dreibrückenstraße (Flurstück 2053/9), die Westgrenze des Flurstücks 2052 (teilweise) und eine 55 m südlich der Nordgrenze des Flurstücks 10272 und parallel zu ihr verlaufenden Linie,

im Westen: durch die Westgrenze des Flurstücks 10272 (teilweise) und den Bebauungsplan Nr. 366-1 A.

Alle genannten Flurstücke befinden sich in der Flur 342.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und durch eine öffentliche Versammlung zu erfolgen.

6.12. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 302-3 "Herbert-Landwehr-Straße"
Vorlage: DS0512/06

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1396-46(IV)07

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:
 - im Norden durch die Nordgrenze des Neustädter Bierwegs,
 - im Osten durch die Ostgrenze des Flurstücks 6141 (Flur 234),
 - im Süden durch die Nordgrenze der Harsdorfer Straße,
 - im Westen durch die Westgrenze des Flurstücks 6141 (Flur 234)

soll gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der Bestandteil des Beschlusses ist, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Ausweisung eines reinen Wohngebiets für die Errichtung von Einfamilienhausbebauung.
Das Bebauungsplangebiet ist im Flächennutzungsplan nur teilweise als Wohnbaufläche, teilweise als Grünfläche ausgewiesen. Der Flächennutzungsplan muss im Parallelverfahren geändert werden.
3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und durch eine öffentliche Versammlung zu erfolgen.

6.13. Neufassung Städtebaulicher Rahmenplan Rotehorninsel, Stand
November 2006
Vorlage: DS0524/06

Der TOP wird im Zusammenhang mit TOP 8.6 (A0036/07) behandelt.

Zur DS0524/06 liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung der DS0524/06.

Der Ausschuss Uwe empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der Änderungsanträge DS0524/06/1 und DS0524/06/2.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages DS0524/06/3.

Zur Beratung liegen vor:

Änderungsanträge DS0524/06/1 und DS0524/06/2 des Ausschusses Uwe
Änderungsantrag DS0524/06/3 des Ausschusses StBV
Änderungsantrag DS0524/06/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Änderungsantrag A0036/06/1 der SPD-Fraktion
Änderungsantrag A0036/07/2 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf den Antrag A0036/07 seiner Fraktion. Im Ergebnis eines Gespräches mit dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx kann festgestellt werden, dass auf Grund entsprechender Aktivitäten der Verwaltung dem Anliegen des Antrages bereits Rechnung getragen wird und er demnach als erledigt betrachtet werden kann. Er zieht damit den Antrag A0036/07 zurück.

Er spricht sich für eine Zustimmung zu den Änderungsanträgen des Ausschusses UwE und für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla informiert über die Beratung der Drucksache im Ausschuss und spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache unter Beachtung des Änderungsantrages DS0524/06/3 des Ausschusses StBV aus.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet ausführlich den zum Antrag A0036/07 vorgelegten Änderungsantrag A0036/06/1 seiner Fraktion. Im Ergebnis der Zurückziehung des Antrages A0039/07 durch die einbringende Fraktion erklärt er das beantragte Anliegen aufrecht erhalten zu wollen und bringt dieses als Änderungsantrag DS0524/07/5 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt gleichfalls die beantragte Änderung seiner Fraktion zum Antrag A0039/06 als Änderungsantrag DS0524/06/6 ein und begründet umfassend das Anliegen des Änderungsantrages seiner Fraktion.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, nimmt kritisch Stellung zum Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich der Errichtung von Pollerabsperungen und bringt den Änderungsantrag DS0524/06/7 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann unterstützt den Vorschlag des Stadtrates Balzer und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Wähnel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet umfassend den Änderungsantrag DS0524/06/4.

Nach weiterer umfassender Diskussion stellt der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung:

Gemäß Änderungsantrag DS0524/06/1 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat bei 1 Nein-Stimme und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Heinrich-Heine-Weg ist ab Heinrich-Heine-Platz bis Täve-Schur-Brücke für den motorisierten Individualverkehr zu sperren.

Die Erschließung von Fort 12, Jägerhütte und USC-Bootshaus ist ab Heinrich-Heine-Platz mit einer geeigneten Lösung (z.B. Poller, Chipanlage) abzusichern.

Gemäß Änderungsantrag DS0524/06/2 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

In der Kurzfassung des Textes zur Neufassung des städtebaulichen Rahmenplanes für die Rotehorninsel ist im Teil "Verkehrskonzept" unter "Ruhender Verkehr" folgender Satz zu streichen (Seite 5 - 4./5. Zeile):

Eine geringe Anzahl von Stellplätzen im Bereich der Fußgängerbrücke am Wasserfall wird ermöglicht.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0524/06/1 des Ausschusses UwE erübrigt sich eine Abstimmung zum Punkt 1 des Änderungsantrages DS0524/06/3 des Ausschusses StBV.

Gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages DS0524/06/3 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat bei 1 Enthaltung einstimmig:

Die Brücke (Position 18) über die Elbe zwischen Hubbrücke und Strombrücke entfällt.

Gemäß Änderungsantrag DS0524/06/4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Bei der weiteren Bearbeitung und Umsetzung des Rahmenplanes ist die Gesamtzahl der Parkplätze auf max. 1000 zu begrenzen.

Gemäß Änderungsantrag DS0524/06/5 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Auf dem Provisorium des unbefestigten Parkplatzes zwischen Schleinufer und Sternbrücke werden Behindertenparkplätze in ausreichender Anzahl (möglichst 10 Behindertenparkplätze) ausgewiesen. Eine darüber hinausgehende Nutzung dieser Fläche als Parkplatz wird untersagt.

Es ist zu prüfen, inwieweit die Behindertenparkplätze in das bestehende Gestaltungskonzept einbezogen werden können.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag DS0524/06/6 des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS,

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschlusstext ist wie folgt zu ergänzen:

Eine darüber hinausgehende akzeptable Nutzung dieser Fläche als öffentlicher Parkplatz unter möglichst minimaler Finanzaufwendung ist zu prüfen und unter Verwendung des bereits installierten Kassensautomaten gemäß der besonderen lokalen Lage direkt an der Sternbrücke entsprechend kostenpflichtig zu gestalten und somit langfristig (nicht zuletzt im Hinblick auf die Haushaltslage) zusätzliche Einnahmen zu sichern, die gemäß aktueller Förderbescheidung zur Neugestaltung des Parkplatzes auf dem ehemaligen Elbebahnareal so nicht zu erzielen sind.

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0524/06/7 des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für die Kontrolle der Einhaltung der Ordnung im Rotehornpark, wie z.B. die Kontrolle einer Zufahrtsberechtigung für den Anliegerverkehr, zusammen mit der ARGE ein Beschäftigungsmodell initiiert werden kann.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge bei 2 Nein-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1397-46(IV)07

Die Rahmenplanung Rotehorninsel, Stand November 2006, als Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplanes Rotehorninsel von 1999 wird als Arbeitsgrundlage für die mittel- und langfristige städtebauliche Entwicklung dieses innerstädtischen Gebietes unter landschafts- und freiraumplanerischen, tourismusfördernden Zielsetzungen sowie Zielsetzungen des Denkmalschutzes, Naturschutzes und des Hochwasserschutzes bestätigt.

Auf dem Provisorium des unbefestigten Parkplatzes zwischen Schleinufer und Sternbrücke werden Behindertenparkplätze in ausreichender Anzahl (möglichst 10 Behindertenparkplätze) ausgewiesen. Eine darüber hinausgehende Nutzung dieser Fläche als Parkplatz wird untersagt.

Es ist zu prüfen, inwieweit die Behindertenparkplätze in das bestehende Gestaltungskonzept einbezogen werden können.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für die Kontrolle der Einhaltung der Ordnung im Rotehornpark, wie z.B. die Kontrolle einer Zufahrtsberechtigung für den Anliegerverkehr, zusammen mit der ARGE ein Beschäftigungsmodell initiiert werden kann.

6.14. Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 354-8.1 "Halberstädter Chaussee 50"
Vorlage: DS0538/06

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, spricht sich umfassend für eine Zustimmung zur Drucksache aus und bezeichnet im Rahmen seiner Ausführungen die Nutzung des Geländes durch einen Vollversorger als optimal und das Vorhaben für zulässig.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, spricht sich gegen eine Beschlussfassung zur Drucksache aus. Er bittet den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx das vorliegende Märktekonzept zur Beratung im Ausschuss StBV vorzulegen.

Der Beigeordnete Herr Marx begründet auf der Grundlage eines diesbezüglich erstellten Gutachtens der GMA die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla macht erläuternde Ausführungen zum Abstimmungsergebnis im Ausschuss.

In der weiteren Diskussion sprechen sich der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr und Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, gegen das Vorhaben aus.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, macht nochmals klarstellende Ausführungen hinsichtlich des geplanten Standortes und bittet um Zustimmung zur Drucksache.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Schwenke.

Das Abstimmungsergebnis (20 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen) wird von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, angezweifelt und die Abstimmung wiederholt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 19 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1398-46(IV)07

Die Drucksache DS0538/06 wird **abgelehnt**.

7. Einwohnerfragestunde

Zu diesem TOP sind keine Bürger anwesend.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand

Stadtrat Falko Balzer

Stadtrat Norbert Bischoff

Stadtrat Hugo Boeck

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Martin Danicke

Stadtrat Holger Franke

Stadträtin Regina Frömert

Stadtrat Thorsten Giefers

Stadtrat Axel Gripinski

Stadtrat Gerald Grünert

Stadtrat Michael Heendorf

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Klaus Heinemann

Stadtrat Gerhard Heinl

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Martin Hoffmann

Stadtrat Carsten Klein

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadträtin Sabine Paqué

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Stadtrat Johannes Rink

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Wolfgang Schmicker

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Eberhard Seifert

Stadträtin Uta Siedentopf

Stadtrat Michael Stage

Stadtrat Mirko Stage

Stadtrat Reinhard Stern

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Stadtrat Thomas Veil

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Alfred Westphal
Stadträtin Beate Wübbenhorst
Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

Geschäftsführung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend

Stadträtin Dagmar Huhn
Stadträtin Birgit Kriese
Stadtrat Sven Meinecke
Stadtrat Bernd Reppin
Stadtrat Hubert Salzborn
Stadträtin Claudia Szydzick